

UNIVERSITÄT HOHENHEIM

PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Telefon: +49(0)711 - 459-2001/2003
Fax: +49(0)711 - 459-3289
e-mail: presse@uni-hohenheim.de
Internet: <http://www.uni-hohenheim.de>



23.06.2006

DIES ACADEMICUS 2006

Akademischer Festakt: Begrüßung und Grußworte

**Redebeitrag Privatdozentin Dr. Ulricke Weiler,
Vertreterin des akademischen Mittelbaus der
Universität Hohenheim**

PD Dr. Ulrike Weiler

Vertreterin des akademischen Mittelbaus
im Senat der Universität Hohenheim

Telefon : 0711 / 459 - 2916
E-mail: weiler@uni-hohenheim.de

- es gilt das gesprochene Wort -

Grußworte des akademischen Mittelbaus an der Universität Hohenheim zum Dies academicus 2006

Herr Liebig, sehr geehrte Gäste, meine Damen, meine Herren,

im Namen des akademischen Mittelbaus heiÙe ich Sie herzlich willkommen. Traditionell nutzen wir unser GruÙwort, um hochschulpolitische Entwicklungen des vergangenen Jahres zu kommentieren und die Konsequenzen für unsere Universität darzustellen. Ich beschränke mich dabei heute auf zwei Themen: Die Umsetzung des Hochschulgesetzes, das im letzten Jahr in Kraft getreten ist und die Studiengebühren.

Das Hochschulgesetz sollte modernere Leitungsstrukturen an den Universitäten einzuführen und gleichzeitig den Hochschulen mehr Autonomie übertragen. Leider war die Reform der Nomenklatur wohl eines der wichtigsten ministerialen Anliegen. Aus dem Hochschulrat sollte der Aufsichtsrat, aus dem Rektor ein Vorstandsvorsitzender werden. Ob damit die Hoffnung verbunden war, aus der Universität eine Aktiengesellschaft zu machen und diese an die Börse zu bringen, vermag ich nicht zu sagen. Es spricht aber für Bodenhaftung und Realitätssinn der Hohenheimer Gremien, dass sich diese vermeintlich modernen Worthülsen an unserer Universität nicht durchsetzen konnten und wir statt dessen einen Universitätsrat und nach wie vor einen Rektor haben.

Positiv zu bewerten ist auch, wie in Hohenheim die Zusammensetzung des neuen Universitätsrates in der Grundordnung geregelt wurde. Das Gesetz gibt fest vor, dass der so genannte Aufsichtsrat sieben, neun oder elf Mitglieder umfassen muss. Externe müssen die Mehrheit bilden, der Vorsitz obliegt ebenfalls einem externen Mitglied. Eine Beteiligung der Professoren oder gar nichtprofessoraler Universitätsangehöriger ist nicht zwingend vorgesehen. Die genaue

Zusammensetzung regelt die Grundordnung, ebenso wie die Zusammensetzung der anderen Gremien.

Bei aller Zahlenschieberei war dabei in Hohenheim eins von vornherein klar: Eine Vertretung aller drei Fakultäten durch je einen Professor sowie die gleichzeitige Beteiligung der Vertreter des wissenschaftlichen Dienstes, der Studierenden und der sonstigen Mitarbeiter im Hochschulrat – also eine ausgewogene Zusammensetzung wie bisher - war nach dem Gesetz nicht mehr zu realisieren.

Es spricht wiederum für den neuen partizipativen und Dialog orientierten Stil in Hohenheim, dass vom Senat - mit Professorenmehrheit - dennoch eine Grundordnung verabschiedete wurde, die im Universitätsrat alle nichtprofessoralen Statusgruppen, also Akademischen Mittelbau, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende vorsieht und damit den Hohenheimer Professoren nur zwei Sitze lässt. Natürlich ging das nicht ganz ohne interne Konflikte ab, aber die Professoren, die hyperventilieren, wenn nichtprofessorale Gruppen Mitsprache fordern, waren dabei absolut in der Minderheit.

Der einzige, den so viel Harmonie in Hohenheim stört ist das Ministerium. Es hat an dieser demokratischen Variante Kritik angemeldet, auch wenn die Hohenheimer Grundordnung in dieser Form nicht gegen das Gesetz verstößt. Da ist es dem Ministerium egal, dass diese Grundordnung vom Senat verabschiedet und vom Hochschulrat bestätigt wurde. Autonomie und Selbstbestimmung gelten wohl nur dann, wenn die Entscheidungen in vorauseilendem Gehorsam den Willen des Ministeriums vorwegnehmen. Wir sind der Meinung, dass das Ministerium hier einen riskanten Weg einschlägt, einen Weg, der seinem Ansehen bei allen Angehörigen der Universität schadet und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit alles andere als zuträglich ist.

Wir, als Vertreter des akademischen Mittelbaus wünschen jedoch den Gremien und dem Rektorat hier weiterhin Mut und Beharrlichkeit und die Bereitschaft Mitsprache aller Gruppen zu institutionalisieren.

Wir brauchen diese Bereitschaft auch in der Zukunft, denn bisher entzieht das Gesetz den Angehörigen der Universität, die weniger als halbtags beschäftigt sind, das Wahlrecht für die Gremien. Es ist aktuell Gegenstand juristischen

Expertenstreits, ob wir diesen unbefriedigenden Zustand in der Grundordnung korrigieren können. Wenn Menschen an wichtigen Entscheidungen, die sie konkret betreffen, nicht ausreichend mitwirken können, leidet die Bereitschaft, sich kreativ an der Entwicklung der Universität zu beteiligen. Unsere Universität wird aber nur dann besser und effizienter, wenn sie die Kompetenzen all ihrer Mitarbeiter nutzt. Dafür müssen wir auch in der Grundordnung die Strukturen schaffen.

Der andere Diskussionsschwerpunkt ist die Einführung der Studiengebühren. 500 € pro Semester, 1000 € pro Jahr, das werden künftig die Studierenden bzw. ihre Eltern zahlen und sollen damit zu einer Verbesserung der Studienbedingungen an den Universitäten beitragen. Sicher, die Hochschulen in Deutschland sind seit Jahren unterfinanziert. Deutschland liegt im OECD-Vergleich beim Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung nur im hinteren Mittelfeld. Dass der Anteil der Ausgaben von Bund und Ländern für die Hochschulen in den letzten 30 Jahren sogar noch zurückgegangen sind - von etwa 1,1% auf 0,9% des BIP - , das ist nicht höhere Gewalt, sondern Politiker haben es zu verantworten, ebenso wie es Politiker zu verantworten haben, wenn nun das Geld von den Studierenden genommen wird, ungeachtet der Konsequenzen für den Hochschulzugang von Begabten aus sozial schwachen Schichten. Wir haben die Einführung der Studiengebühren im Vorfeld kritisiert und stehen Studiengebühren nach wie vor kritisch gegenüber. Ab Herbst werden dennoch Studiengebühren bei uns Realität. Sie werden vieles verändern.

Studiengebühren werden die Zugangschancen zum Studium verändern und die sozialen Selektivität des Bildungssystems weiter verschärfen. Wenn nach den Zahlen des Deutsche Studentenwerks derzeit von 100 Kindern hoher sozialer Herkunft, 84 im Gymnasium die Oberstufe besuchen und 72 ein Studium beginnen, hingegen von 100 Kindern unterer sozialer Herkunft aber nur 33 der Übergang in eine weiterführende Schule gelingt und nur noch 8 von 100 ein Studium aufnehmen, dann ist das schon heute ein sozial unerträglicher bildungspolitischer Skandal, dem man mit aktiven Maßnahmen entgegensteuern müsste anstatt diese Situation durch die Einführung von Studiengebühren weiter zu verschärfen. Das diskutierte Kreditsystem bringt hier keine wirkliche Lösung.

Studiengebühren werden nur scheinbar die Position der Studierenden verändern. Die Befürworter argumentieren, Studiengebühren bewirkten eine anspruchsvollere

Kundenhaltung bei den Studierenden. Eine unrealistische Annahme. Claus Wichmann, Landtagsabgeordneter aus Heidelberg, sagte dazu: "Genauso wenig wie man zum Auto wird, wenn man in der Garage steht, genau so wenig wird man zum Kunden der Universität, wenn man Studiengebühren bezahlt, denn eine Kundenbeziehung setzt auch mehr Rechte und Beteiligung der Studenten voraus." Ich liebe dieses Zitat und Herr Wichmann hat sicher Recht, denn Professoren und Studierende sind nicht durch eine paritätische Angebots- und Nachfragebeziehung verbunden. Wer als Studierender erfolgreich sein will, tritt eben nicht als Kunde auf, also nicht widersprechend, fordernd und selbstbewusst. Es ist und bleibt eine ungleiche hierarchische Beziehung, die den Studierenden per definitionem die 'schlechtere' Position lässt.

Studiengebühren werden die Studienmotivation und Studienwahl verändern: eine Studienwahl nach Leistung, fachlichem Interesse und vor allem auch nach persönlicher Neigung wird bei vielen hinter den Kriterien der möglichst geringer Verschuldung und geringem beruflichem Risiko zurücktreten.

Studiengebühren werden das Studienangebot verändern, sie bergen die Gefahr der Fehlsteuerung beim Studienangebot. Die Tendenz zeigt sich bereits bei den privaten Hochschulen in Deutschland, die meisten bieten allenfalls Fächer der Betriebswirtschaftslehre oder bestenfalls noch Jura an, keine aber die vermeintlich unnützen Geisteswissenschaften oder teureren Ingenieur- und Naturwissenschaften oder gar Agrarwissenschaften, auch wenn diese Absolventen ebenso wie ihre wissenschaftliche Expertise gesellschaftlich sinnvoll und wichtig sind.

Studiengebühren werden das Klima an der Universität verändern. Gegenwärtig ist bereits klar, dass die zusätzlichen Mittel zu massiven Verteilungskämpfen zwischen Fakultäten führen. Zu Kämpfen zwischen jenen mit billigen Studiengängen aber einer hohen Anzahl von Studierenden und solchen mit teuren, Labororientierten Studiengängen aber niedriger Zulassungszahl. Ein Effekt, der vielleicht sogar erwünscht ist, denn der interne Streit schwächt die Universität gegenüber dem Ministerium. Teile und herrsche, die Einigkeit in mancher Statusgruppe war schnell dahin, seit es scheinbar etwas zu verteilen gibt.

Einen sinnvollen Ansatz, die zusätzlichen Mittel zu verteilen, sehen wir in der Selbstverpflichtung des Rektorates, Vorschläge von einer neuen Kommission aus Studiendekanen, Fachstudienberatern des Mittelbaus und Studierenden erarbeiten zu lassen und sie auch weitgehend umzusetzen. In der Einrichtung einer solchen Kommission erkennen wir ebenfalls eine positive Hohenheimer Lösung.

Studiengebühren werden nicht zuletzt den akademischen Mittelbau verändern, denn auch Doktoranden werden bald schon zahlen müssen. Der Kabinettsbeschuß der Hessischen Landesregierung vom 5.Mai diesen Jahres ist eindeutig, Hessen macht hier den Vorreiter und plant als erstes Bundesland die Einführung von laufenden Promotionsgebühren. Dieses Detail hat in der öffentlichen Diskussion bisher wenig Beachtung gefunden. Konkret sieht der Gesetzesentwurf vor, dass die Hochschulen ermächtigt werden, Gebühren bis zu 1500 € pro Semester, bis zu 3000 € pro Jahr zu erheben. Für viele Doktoranden, die als geprüfte Hilfskräfte mit vollem Stundendeputat mit etwa 800 EUR netto nach hause gehen, für die Doktoranden auf halber Stelle mit etwas mehr als 900 EUR, für viele Stipendiaten bedeutet das das Ende der wissenschaftlichen Laufbahn.

Die Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Deutschland, über die Attraktivität der deutschen Universitäten für Nachwuchsforscher erübrigt sich dann. Wir werden die Nachwuchsleute einfach nicht mehr in ausreichender Zahl haben, die breite Basis, die als Doktorandinnen und Doktoranden in der Forschung engagierte Arbeit leisten. Diese Entwicklung zu sehen und nichts zu sagen das halte ich für unverantwortlich. Meine Damen und Herrn, Baden Württemberg hat sich bei den Promotionsgebühren noch nicht entschieden, wir hoffen auf Ihre Unterstützung, wenn es darum geht, diese Fehlentwicklung zu verhindern.